

Vorwort von Günter Verheugen

Vier Jahre nach den Beitritten von acht mittel- und osteuropäischen Staaten und wenig mehr als ein Jahr nach den Beitritten von Rumänien und Bulgarien zur Europäischen Union liegt bereits eine umfangreiche wissenschaftliche Literatur zu dieser größten und politisch bedeutendsten Erweiterung der EU vor. Martin Ječbek behandelt das Thema aus der Perspektive der Bundesrepublik Deutschland, dem Land, das für die meisten neuen Mitglieder die Schlüsselrolle in dem gesamten Prozess innehatte. Der Autor beschreibt kenntnisreich und präzise die politische Ausgangslage in Deutschland nach der Vereinigung. Er analysiert die Diskussions- und Entscheidungsprozesse, und er arbeitet an ausgewählten Fallstudien heraus, wo Deutschland in der Erweiterungspolitik eigene Interessen hatte und mit wechselndem Erfolg vertreten hat.

Ich kann dem wichtigsten Befund Ječbeks nur zustimmen. Deutschland wollte die Osterweiterung, und zwar parteiübergreifend. Es bestand ein breiter politischer Konsens darüber, dass eine zügige Erweiterung im strategischen Interesse Deutschlands lag. Mit der Einbeziehung in die europäische Integration konnten die gewaltigen Reformen in Mittel und Osteuropa stabilisiert, ja sogar unumkehrbar gemacht werden. Im Gegensatz zur breiten öffentlichen Meinung war den politischen Entscheidungsträgern in Deutschland auch immer klar, dass das Land von der Erweiterung auch große ökonomische Vorteile erwarten konnte. Über Einzelheiten gab es durchaus innenpolitische Kontroversen, wobei der Autor zwei besonders kontroverse Themen nicht erwähnt, die sein eigenes Heimatland, die Tschechische Republik, betreffen: die Frage des Weiterbaus des Kernkraftwerks Temelin und die Frage der so genannten Benesch-Dekrete. Beide Fragen konnten aber in der EU als deutsch-österreichisch-tschechisches Problem isoliert werden und reichten in der Tat in der Bedeutung nicht an die großen Fragen wie institutionelle Reform, Finanzierung, Agrarpolitik und Arbeitnehmerfreizügigkeit heran.

Im Rückblick ist bei allen Vorbehalten, die es in Teilen der europäischen Öffentlichkeit noch geben mag, schon heute unbestreitbar, dass diese Erweiterung zu den historischen Großtaten im Gesamtprozess der europäischen Integration gehört. Die versprochenen politischen und wirtschaftlichen Vorteile sind eingetreten, die von vielen befürchteten Nachteile sind ausgeblieben. Die EU

erweist sich auch mit 27 Mitgliedern als konsensfähig, die vergrößerten Institutionen funktionieren weiter und es ist auch nicht zur massenhaften Invasion von Billigarbeitern gekommen.

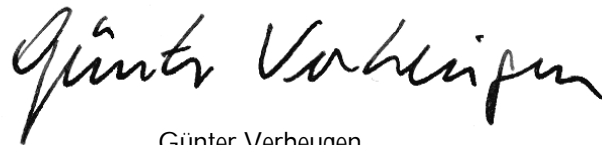
Erweiterung der Europäischen Union nach Osten und Südosten ist ein politisches Vorhaben, das vor allen Dingen einen festen politischen Willen und eine klare strategische Linie braucht. Mit anderen Worten: es ist ein Problem der politischen Führungs- und Gestaltungskraft. Das lässt sich sehr leicht demonstrieren anhand der Ereignisse des entscheidenden Jahres 2002. Das war das Jahr, an dessen Ende die Verhandlungen mit zehn Staaten abgeschlossen werden sollten und ja auch tatsächlich abgeschlossen wurden. In der Mitte dieses Jahres türmte sich ein ganzes Gebirge von Problemen auf: die institutionellen Reformen waren wegen des gescheiterten Referendums in Irland noch nicht unter Dach und Fach. Wichtige Länder wollten die Agrarverhandlungen mit einer substantiellen Senkung der Agrarausgaben verbinden. Die finanzielle Lage in den alten Mitgliedstaaten war angespannt, d.h. der in Berlin vorgesehene Kostenrahmen war plötzlich umstritten. Die Zypernfrage war nicht gelöst und wurde es auch nicht. Mit den meisten Beitrittskandidaten gab es noch mindestens ein schwerwiegendes Hindernis auszuräumen, mit einigen sogar mehrere. Mir war damals völlig klar, dass es kein Halten mehr geben würde, wenn der Zeitplan einmal ins Rutschen geraten sollte.

In dieser Lage war es in der Tat Deutschland, das sein ganzes Gewicht in die Waagschale warf, um einen erfolgreichen Verhandlungsabschluss zu erreichen. Man muss der Wahrheit die Ehre geben: das haben andere auch getan. Aber wenn Deutschland nicht bereit gewesen wäre, bei der Wahrnehmung seiner eigenen Interessen auf die anderen zuzugehen und Kompromisse einzugehen, wäre das Ziel verfehlt worden.

Der Autor befasst sich nicht spezifisch mit dem deutsch-tschechischen Verhältnis. Darum sei hier doch angemerkt, dass der Beitritt der Tschechischen Republik zur Europäischen Union auch eine qualitative Veränderung in den bis dahin eher schwierigen Beziehungen zwischen den beiden Nachbarn gebracht hat. Auch zwischen diesen beiden Völkern gibt es heute keine nennenswerten Probleme mehr. Die Dämonen der Vergangenheit sind gebannt.

Wenn ich wissenschaftliche Analysen politischer Vorgänge lese, die ich selber miterlebt habe, bin ich immer wieder erstaunt, wie viel man zum Zeitpunkt der Ereignisse überhaupt nicht oder nur teilweise wahrnimmt. Manches

wird erst in der Gesamtschau und im Rückblick wirklich sichtbar. Martin Jeßbeks Arbeit ist ein wichtiger und verdienstvoller Beitrag zu einem der spannendsten Ereignisse der europäischen Geschichte seit dem Zweiten Weltkrieg.

A handwritten signature in black ink, reading 'Günter Verheugen' in a cursive script.

Günter Verheugen

Kommissar für die Erweiterung der Europäischen Union (1999–2004)

Brüssel, im April 2008